



**FDP-Fraktion im Verband
Region Stuttgart**
Kai Buschmann, Armin Serwani,
Albrecht Braun, Gudrun Wilhelm

FDP-Regionalfraktion Postfach 2160 71370 Weinstadt

Verband Region Stuttgart
Kronenstrasse 25

70174 Stuttgart

Geschäftsstelle: Traubenstraße 3, 71384 Weinstadt
Telefon 07151 – 96 90 90
Telefax 07151 – 96 90 96
e-Mail: info@demokratie-online.de

20.10.2018

Antrag

Anfrage

Verkehr – ETCS – Beschaffung von S-Bahn-Zügen – Zweite Stammstrecke

Sehr geehrte Damen und Herren,
die FDP-Fraktion stellt folgenden

Antrag

Die Regionalversammlung beschließt mit Wirksamkeit für den Haushalt 2019.

1. Der Verband Region Stuttgart berichtet in der Sitzung des Verkehrsausschusses vom 14.11.2018 (gegebenenfalls auch in der Sitzung vom 16.11.2018) wie lange die beim Einsatz von ETCS zu erreichenden zusätzlichen Kapazitäten bei der derzeitigen Steigerung der ÖPNV-Nutzung beziehungsweise bei der durch die Luftreinhaltemaßnahmen erwarteten Veränderung des Modal Splits reichen.
2. Der Verband Region Stuttgart beantragt beim Land die komplette Übernahme der Kosten der Einführung von ETCS, soweit die Kosten nicht durch Dritte übernommen werden, mit dem Verweis auf den Entwurf des Luftreinhalteplans, Seite 85, wonach die Einführung als Möglichkeit der Verbesserung der Schadstoffsituation diskutiert wird: „Durch ETCS wird eine kürzere Zugfolge auf der S-Bahn-Stammstrecke zwischen Mitnachtstraße und Schwabstraße erwartet und somit die Verlässlichkeit gesteigert. Der Einbau von ETCS könnte parallel mit der Erneuerung der Technik des Stellwerks im Zuge von Stuttgart 21 erfolgen.“
3. Der Verband Region beziffert die Zahl, des durch die Luftreinhaltemaßnahmen ausgelösten Bedarfs an zusätzlichen S-Bahn-Zügen. Er vereinbart mit dem Land eine komplette Kostenübernahme für diese Züge, die auch durch eine für die Region haushaltsneutrale Bereitstellung der Züge in einem landeseigenen Pool erfolgen kann. Bei der Ermittlung des Bedarfes wird berücksichtigt, dass durch eine

Fortführung der VVS-Tarifreform weiteres Potenzial an Umsteigenden erschlossen werden kann.

Für den Fall, dass in diesem Fall rechtliche Beratung zur Frage nötig ist, wie weit die Kosten durch das Land zu tragen sind, beziffert die Geschäftsstelle einen ausreichenden Etatposten und stellt ihn zur Beschlussfassung in den Haushaltsplanentwurf ein.

4. Der Verband Region Stuttgart prüft zusammen mit dem Land, das gegebenenfalls wie unter Punkt 3 angesprochen, die Züge direkt bereitstellt, mit welchen Zugtypen sich der Sitzplatzbedarf und die Gesamtkapazität optimal ausbauen lässt. Dabei werden auch Doppelstockwagen, wie sie in Paris oder Zürich im Einsatz sind, in die Untersuchung mit einbezogen.

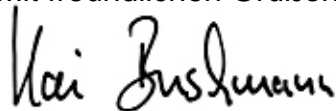
Für diese Untersuchung notwendige Mittel sind von der Geschäftsstelle in ausreichender Höhe in den Haushaltplan 2019 einzustellen und der Regionalversammlung zur Beschlussfassung vorzulegen.

5. Der Verband berichtet, welche weiteren Maßnahmen spätestens nach der Ausschöpfung der durch den Einsatz von ETCS zu erreichenden zusätzlichen Kapazitäten im ÖPNV zur Verfügung stehen, um die Zahl der Stuttgart ansteuernden oder durchquerenden Pkw weiter zu senken. Dabei sind alle infrage kommenden Maßnahmen wie Straßenbaumaßnahmen, etwaige zweite Stammstrecke und alternative Verkehrskonzepte einzubeziehen und, wenn noch nicht vorhanden mit Daten zu ihrer Wirksamkeit zu unterlegen.

Begründung:

In Presseveröffentlichungen war zuletzt von einem Bedarf von bis zu 40 Zügen beziehungsweise von einem Finanzierungsbedarf von 400 Millionen Euro die Rede. Die FDP-Regionalfraktion teilt diese Beurteilung nicht. Sie kommt in eigenen Berechnungen auf der Basis der Fahrten-/Fahrgastzahlen, die bereits der VVS-Tarifzonenreform zugrunde lagen und der Kapazitätsangaben in den letzten Berichten zur aktuellen S-Bahn-Situation, auf Werte die bis zur Hälfte darüber liegen, wenn eine unveränderte Entwicklung der Wirtschaftslage zugrunde gelegt wird. Die Frage, wer die Kosten trägt hängt dabei mit der Frage zusammen, wer die Maßnahmen veranlasst beziehungsweise die derzeitige Entwicklung zu verantworten hat. Deswegen sieht die FDP-Regionalfraktion vor allem das Land in der Pflicht. Die Region muss ihrer Meinung nach sicherstellen, dass sie ihre umlagefinanzierten Ausgaben möglichst beschränkt, in den Zukunftskonzepten aber berücksichtigt, dass mittelfristig der ÖPNV wieder an seine Grenzen stößt

Mit freundlichen Grüßen



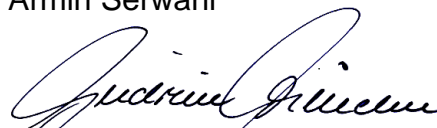
Kai Buschmann
Fraktionsvorsitzender



Albrecht Braun



Armin Serwani



Gudrun Wilhelm